

Flüchtlingskrise im Nahen Osten: Syrien und Jordanien überfordert

Anja Zorob

Täglich berichten deutsche und internationale Medien über Anschläge und Tote im Irak. Relativ verborgen vor dem Auge der Öffentlichkeit blieb bislang jedoch das, was durch Besetzung, Gewalt und Zerstörung ausgelöst wurde – die seit 1948 größte Flüchtlingskrise im Nahen Osten.

Analyse:

Laut Angaben des UN-Flüchtlingswerks (*United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR*) haben seit 2003, als US-amerikanische und britische Truppen in das Land einmarschierten, um das Regime von Saddam Hussein zu stürzen, rund 4,5 Millionen Iraker ihrer Heimat den Rücken gekehrt. Ein Teil der Vertriebenen sucht Schutz vor anhaltender Verfolgung, Gewalt und Unterversorgung in anderen, als „sicherer“ geltenden Provinzen innerhalb des Irak. Die meisten der ins Ausland geflüchteten Iraker leben in Syrien und Jordanien. Allerdings hat Jordanien die Grenze zum Nachbarland schon vor geraumer Zeit praktisch dicht gemacht. Als letzter Zufluchtsort hat nun auch Syrien die Einreisebestimmungen für Iraker massiv verschärft.

- Aktuellen Angaben zufolge beläuft sich die Anzahl der irakischen Flüchtlinge in Jordanien auf etwa 750.000 und in Syrien auf über 1,5 Millionen Personen. Nicht einmal 5 % der irakischen Flüchtlinge schafften es nach Europa, die USA oder andere Länder der Welt außerhalb des Nahen Ostens.
- Brachten viele der ersten Flüchtlinge aus der irakischen Mittel- und Oberschicht Vermögen mit sich und trieben damit in nicht unerheblichem Maße Konsum und Investitionen in den Aufnahmeländern an, verfügen die in jüngerer Zeit Geflohenen häufig über kaum mehr Mittel.
- Mit einem flüchtlingsbedingten Zuwachs der Bevölkerungen in Syrien und Jordanien um rund 8 % bzw. 13 % wächst der Druck nicht nur auf die Infrastruktur sowie die Gesundheits- und Bildungssysteme der beiden Nachbarländer; auch ihre wirtschaftliche und soziale Stabilität wird wegen massiver Preissteigerungen, des Drängens der Flüchtlinge auf den informellen Arbeitsmarkt und der Belastung der Staatshaushalte zunehmend in Mitleidenschaft gezogen.
- Trotz Aufrufen des UNHCR und anderer Organisationen lassen vor allem die USA und Großbritannien, aber auch andere Geberländer Jordanien und Syrien mit dem Flüchtlingsproblem so gut wie allein. Die Folge ist, dass beide Länder die letzten Ventile für die Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Irak schließen.

Schlagworte: Syrien, Jordanien, Irak, Flüchtlinge, humanitäre Krise

1. Die irakischen Flüchtlinge und ihre Ziele

Flucht und Vertreibung sind im Irak nicht gerade neue Phänomene. Unter dem Regime von Saddam Hussein wurden zahlreiche Iraker durch Krieg, Aufstände oder politisch motivierte Zwangsumsiedlungen und ethnische Säuberungen vertrieben. Mit dem Einmarsch der US-amerikanischen und britischen Truppen im Frühjahr 2003 setzte eine neue Flüchtlingswelle ein, die allerdings nicht ad hoc eintrat, so wie seinerzeit von vielen Hilfsorganisationen befürchtet, sondern sich erst allmählich entwickelte. Zwei Faktoren spielten dabei laut einer im Juni an der *Brookings Institution* erschienen Studie über die irakischen Flüchtlinge zunächst die Hauptrolle – die Kämpfe zwischen den multinationalen und irakischen Regierungstruppen auf der einen und den Aufständischen auf der anderen Seite sowie konfessionelle Konflikte vor allem zwischen Sunniten und Schiiten. Die Bombenanschläge auf den Goldenen Schrein in Samarra im Februar 2006 gaben dem Flüchtlingsdrama jedoch eine vollkommen neue Dimension. Die seitdem weiter zunehmende Brutalität in den Kämpfen mit Anschlägen, Selbstmordattentaten und Übergriffen auf die Zivilbevölkerung lösten eine Massenflucht aus. Nach den Schätzungen des UNHCR ist mindestens jeder siebte Iraker vertrieben und täglich kommen neue Flüchtlinge hinzu.

Die Flüchtlingsbewegungen konzentrieren sich einerseits auf Gebiete innerhalb des Irak. Die meisten Binnenflüchtlinge ziehen von ethnisch gemischten Regionen in homogener strukturierter Gebiete. Dies hat zur Folge, dass sich Schiiten vermehrt in den Süden begeben, während Sunniten in das Zentrum gehen, womit letztendlich die ethnische Polarisierung der einzelnen Provinzen bzw. Teile des Irak noch weiter verschärft wird. Allerdings lassen inzwischen zehn von insgesamt 18 Provinzen nur noch vereinzelte oder keine Binnenflüchtlinge mehr auf ihr Gebiet, wofür unter anderem sich stetig verschärfende Versorgungsgänge als Grund angegeben werden.

Andererseits richten sich die Flüchtlingsströme in die Nachbarstaaten der Region, vor allem nach Syrien und Jordanien. Neueste Zahlen gehen davon aus, dass sich in Syrien inzwischen 1,5 Millionen oder noch mehr irakische Flüchtlinge aufhalten. Dies liegt daran, dass irakische Staatsbürger bis vor Kurzem ohne größere Probleme nach Syrien einreisen konnten. Bis Ende 2006 erhielten alle Iraker an der Grenze nach Syrien einen

Stempel in den Pass, der zu einem dreimonatigen Aufenthalt berechtigte; nach Ablauf dieses Zeitraums konnte die Genehmigung um weitere drei Monate verlängert werden. Mit Beginn des Jahres 2007 wurde diese Bestimmung geändert und das Visum an der Grenze zunächst auf einen Zeitraum von einem Monat verkürzt. Nach maximal zweimaliger Verlängerung in einem der Büros der syrischen Einwanderungsbehörde waren die irakischen Flüchtlinge gezwungen aus Syrien auszureisen, nur um – für die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung – praktisch am selben Tag neu nach Syrien einzureisen. Diese Art von „administrativ bedingtem“ Grenzverkehr zeichnete für bis zu ein Viertel der im Durchschnitt pro Tag 2.000 Personen zählenden Neuankömmlinge aus dem Irak verantwortlich, wobei sich diese Angaben auf den Grenzübergang bei at-Tanf beschränken. Ende August dieses Jahres kündigten die syrischen Behörden jedoch erneut schärfere Bestimmungen an. Danach soll in Zukunft nur noch Irakern mit einem Visum für Zwecke der Ausbildung, der wissenschaftlichen Arbeit oder für geschäftliche Tätigkeiten die Einreise nach Syrien erlaubt werden. Das Visum muss bei der syrischen Botschaft in Bagdad beantragt werden, was aufgrund der Gewalt in den Straßen der irakischen Hauptstadt für sich bereits eine potenziell tödliche Herausforderung darstellt. Während des islamischen Fastenmonats Ramadan wurden diese neuen Bestimmungen zwar ausgesetzt, sollen aber laut syrischen Regierungsverantwortlichen nach dem Fastenbrechen definitiv eingeführt werden.

In Jordanien, das wie Syrien die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht ratifiziert hat, leben laut Schätzungen rund 750.000 Iraker. Die jordanischen Behörden begannen im Gegensatz zu Syrien jedoch bereits Ende 2005, nach den Anschlägen dreier Iraker auf Hotels in Amman im November des gleichen Jahres, ihre vorher relativ tolerante Einreise- und Aufenthaltspolitik für Iraker zu revidieren. Seit Anfang 2007 ist die Grenze für Flüchtlinge aus dem Irak praktisch geschlossen. Selbst Flugreisende werden bei ihrer Ankunft in Amman zum größten Teil abgewiesen. Neuankömmlinge an den Grenzposten müssen laut Augenzeugenberichten Fragen unter anderem bezüglich ihrer konfessionellen Zugehörigkeit beantworten. Generell würde dabei Schiiten die Einreise ebenso verweigert wie alleinreisenden jungen Männern im Alter zwischen 17 und 35 Jahren. Zusätzlich müssten Flüchtlinge nachwei-

sen, dass sie über genügend Mittel verfügen, um ihren Aufenthalt in Jordanien zu finanzieren. Im März 2007 führten die jordanischen Behörden die Vorschrift ein, dass nur jenen Irakern die Einreise nach Jordanien erlaubt wird, die einen neuen Pass – die Ausführung der in Deutschland hergestellten so genannten „G-Serie“ – in Händen halten. Diese neuen Pässe sind aber wiederum nur unter schwersten Bedingungen, darunter der Bezahlung hoher Geldsummen, in der Hauptstadt Bagdad zu erhalten. Die jordanischen Behörden begründen diese Maßnahmen damit, die Infiltrierung von Terroristen nach Jordanien unterbinden zu wollen. Außerdem sehe sich die Regierung nicht mehr in der Lage, den Zufluss von Flüchtlingen ohne eine internationale Unterstützung alleine zu bewältigen.

Die neuen Restriktionen gelten darüber hinaus auch für bereits in Jordanien lebende irakische Flüchtlinge. Dementsprechend sollen Aufenthaltsgenehmigungen auf alte irakische Pässe der „S-Generation“ nicht mehr verlängert werden.

In Ägypten, das mit etwa 80.000-100.000 Personen im Vergleich zu den direkten Nachbarn Jordanien und Syrien weit weniger irakische Flüchtlinge aufgenommen hat, wurden Anfang 2007 ebenfalls die Einreisebestimmungen für Iraker verschärft. Einreisen darf nur, wer ein Visum der ägyptischen Vertretungen in Damaskus oder Amman mit sich führt, welches wiederum nur durch die persönliche Vorstellung mindestens eines Familienmitglieds zu erhalten ist. Aufenthaltsgenehmigungen im Land wurden bis in die zweite Hälfte des Jahres 2006 routinemäßig verlängert. Seither müssen sich Iraker zuerst um eine Registrierung beim UNHCR bemühen, um eine Verlängerung des Touristenvisums zu erhalten. Ägypten hat im Gegensatz zu Syrien und Jordanien die UN-Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet, allerdings mit Vorbehalten bei den Vorschriften zu den Rechten von Flüchtlingen auf Arbeit und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Was den Rest der Region betrifft, befinden sich laut UNHCR etwa 200.000 irakische Flüchtlinge in den Golfstaaten, rund 54.000 im Iran, 40.000 im Libanon und 10.000 in der Türkei. Nach einem Bericht von *Human Rights Watch* lehnen sowohl Saudi-Arabien als auch Kuwait die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen kategorisch ab. Stattdessen baut Saudi-Arabien eine US\$ 7 Mio. teure Mauer an seiner Grenze zum Irak, um die Flüchtlinge abzuhalten.

In Ländern außerhalb der Region wie z.B. Deutschland, Großbritannien und den USA fanden demgegenüber bislang nur etwa 200.000 oder weniger als 5 % der irakischen Flüchtlinge eine neue Bleibe. Wie in Tabelle 1 ersichtlich, liegt Deutschland hierbei an der Spitze, wobei sich diese Zahl offenbar nur auf die anerkannten Flüchtlinge bezieht. Das Bundesinnenministerium verzeichnet nach einem Bericht in *Spiegel Online* derzeit rund 74.000 in Deutschland lebende irakische Staatsbürger. In Großbritannien und insbesondere den USA fanden bislang im Vergleich zu Deutschland weit weniger der durch Krieg und Folgewirkungen vertriebenen Iraker Zuflucht. Anfang 2007 reagierte die US-Regierung auf die häufig geäußerte Kritik, sie wolle sich aus der Verantwortung stehlen vor allem in Bezug auf die ca. 69.000 Iraker, die direkt oder indirekt für die USA arbeiten und deshalb besonders durch Racheakte unterschiedlicher Milizen gefährdet seien. Sie kündigte an, im laufenden Finanzjahr, das im September endete, 7.000 Iraker aufnehmen zu wollen. Allerdings gingen die vor einer Umsiedlung in die USA zu durchlaufenden administrativen Prozesse laut einer Beschwerde des US-Botschafters Ryan Crocker extrem langsam vonstatten. In diesem Zusammenhang meldete die *New York Times* Ende August, dass im Zeitraum von Oktober des vergangenen Jahres bis Juli dieses Jahres tatsächlich nur 190 Iraker in den USA angekommen wären. Auch in den anderen Industrienationen sieht es mit der Neuaufnahme nicht viel besser aus. Zwar bilden Iraker mit etwa 22.000 Antragstellern 2006 wieder die zahlenmäßig größte Gruppe von Menschen, die in den Industriestaaten, vorrangig in Schweden, den Niederlanden und Deutschland Asyl suchten. Tatsächlich als Flüchtlinge anerkannt wurden nach einem Bericht in der Zeitschrift *Refugees* im selben Jahr jedoch nur zwischen 35 % der Antragsteller in Österreich, 7 % in Deutschland und 0 % in Frankreich oder Griechenland.

Neben den mittlerweile über zwei Millionen Binnenvertriebenen sind im Irak nach den Schätzungen des UNHCR über 40.000 Nicht-Iraker auf der Flucht, darunter etwa 15.000 Palästinenser. Hunderte von palästinensischen Flüchtlingen hängen in mehreren Lagern vor allem im Grenzgebiet zwischen Irak und Syrien seit Monaten unter größtenteils erbärmlichen Bedingungen fest. Im Mai 2006 hatte Syrien etwa 300 palästin-

Tabelle 1: Irakische Flüchtlinge in anderen Staaten der Welt (2006/2007)

Deutschland	52.900	USA	6.000	Bulgarien**	1.200
Großbritannien	22.300	Schweiz**	5.000	Österreich**	1.200
Niederlande**	21.800	Kanada**	4.000	Griechenland**	820
Schweden	21.100	Finnland	1.600	Neuseeland**	820
Australien**	11.100	Italien	1.300	Armenien**	460
Dänemark	10.700	Frankreich**	1.300	Rumänien**	450
Norwegen	8.500	Ungarn**	1.200	Irland**	340

* Für die meisten europäischen Länder stützen sich die Schätzungen auf die Anerkennung von Asylbewerbern und Neuanrücklingen im Zuge von Umsiedlungsverfahren seit 1996, für die USA, Kanada, Australien und Neuseeland seit 2001.

** Stand der Daten 1. Januar 2007, für alle anderen Länder 1. Januar 2006.

Quelle: UNHCR – The UN Refugee Agency: Displaced Iraqis in the Region as of 12 April 2007.

sische Flüchtlinge aus dem Irak einreisen lassen, die jetzt im Camp *al-Hol* in der Nähe der Grenze leben und denen zuvor die Einreise nach Jordanien untersagt worden war. Die syrischen Behörden weigern sich seitdem jedoch, weitere Palästinenser aus dem Irak – darunter auch jene, die im Camp *al-Waleed* auf irakischem Staatsgebiet und dem Camp bei at-Tanf im Niemandsland an der Grenze zwischen den beiden Staaten gestrandet sind – ins Land zu lassen. Unterdessen haben sich laut Presseberichten – im Gegensatz zu den Staaten der Region, Europa und den USA – Chile und Brasilien dazu bereit erklärt, wenigstens einen Teil dieser Flüchtlinge aufzunehmen.

2. Große Belastung der Aufnahmeländer Syrien und Jordanien

Die UN-Unterorganisation *Economic and Social Commission for Western Asia* (ESCWA) in Beirut warnt, dass die Ökonomien der beiden Aufnahmeländer Syrien und Jordanien unter der Last ihrer Unterstützung für die irakischen Flüchtlinge kollabieren könnten, mit negativen Folgen für das innenpolitische Klima der Länder, wenn sie nicht entweder ihre Grenzen vollständig abriegeln oder die internationale Gemeinschaft sich dazu durchringt, den beiden Staaten substantiell unter die Arme zu greifen. Solche Warnungen basieren darauf, dass die irakischen Flüchtlinge, die in Syrien nach den gegenwärtigen Schätzungen einen Zuwachs der Bevölkerung um 8 % und in Jordanien um 13 % bedeuten, enormen Druck unter anderem auf die Infrastruktur, die Gesundheits- und Bildungssysteme und den Wohnungsmarkt ausüben. Darüber hinaus gefährdet der Zuzug der

Flüchtlinge zunehmend die wirtschaftliche und auch die soziale Stabilität in diesen Ländern aufgrund von massiven Preissteigerungen, des Drängens der Flüchtlinge auf den informellen Arbeitsmarkt und der Belastung der Staatshaushalte.

Dennoch sind die Effekte des Flüchtlingszustroms nicht ausschließlich negativ. Viele der Flüchtlinge der ersten Welle nach dem Einmarsch der multinationalen Truppen im Frühjahr 2003, die der irakischen Ober- und Mittelschicht angehören, sollen nach unterschiedlichen Berichten substantielle finanzielle Mittel mit sich geführt haben. Daneben erhalten einige finanzielle Zuwendungen aus ihrer Heimat, die von Mieteinkünften über Pensionen und staatlichen Unterstützungszahlungen bis hin zu Geldern von Familie und Verwandten reichen. Sie trieben Konsum und Investitionen in den Aufnahmeländern an, eröffneten zum Beispiel Geschäfte und Restaurants oder erwarben Immobilien. Nach Meinung nationaler und internationaler Ökonomen leistete diese Entwicklung einen nicht unerheblichen Beitrag zu dem robusten Wachstum, das vor allem die jordanische, aber in geringerem Maße auch die syrische Ökonomie in den vergangenen Jahren erlebte. Daneben engagieren sich viele Iraker im Handel mit ihrem Heimatland, der für beide Aufnahmeländer eine hohe Bedeutung genießt.

Dass die Flüchtlinge nicht in speziell für sie errichteten Camps, sondern in den wichtigsten Ballungsräumen der beiden Länder leben, brachte mit dem wirtschaftlichen Wachstum allerdings gleichzeitig einen der wichtigsten negativen Effekte in Form von massiven Preissteigerungen mit sich. Die meisten irakischen Flüchtlinge kommen für die ersten Tage zunächst bei Verwandten oder Freunden unter, um sich dann auf die Suche nach

einer Wohnung oder einem Zimmer zu begeben. Demzufolge schnellten in den letzten Jahren insbesondere die Mietkosten, aber auch die Immobilienpreise in die Höhe. Laut einer syrischen Studie soll die Miete für ein Zwei-Zimmer-Appartement in den Außenbezirken von Damaskus, wo sich die meisten der irakischen Flüchtlinge in Syrien aufhalten, von durchschnittlich umgerechnet US\$ 160 auf US\$ 400 erhöht haben. Hinzu kommt, dass auch die Preise für Transport und Lebensmittel empfindlich angestiegen sind. Zieht man in Betracht, dass die häufig schlecht bezahlten Arbeitsverhältnisse vieler Syrer vor allem im öffentlichen Sektor schon vor dieser Preissteigerung kaum ausreichten, um Miete und Lebensunterhalt zu bestreiten, wird schnell verständlich, warum sich unter der syrischen Bevölkerung zunehmend Missstimmung gegenüber den irakischen Flüchtlingen ausbreitet. Die wachsende Nachfrage nach Brennstoffen und Grundnahrungsmitteln wiederum belastet direkt die Staatshaushalte der Gastländer, da sie von der öffentlichen Hand subventioniert werden.

Die erwähnten „wohlhabenden“ irakischen Flüchtlinge, die sich ihr Leben ohne größere Probleme in den Nachbarländern einrichten konnten, sind ohnehin in der Minderheit. Dies gilt vor allem für Syrien, das im Gegensatz zu Jordanien und anderen Ländern der Region auch nach den Anschlägen von Samarra Anfang 2006, als sich zunehmend weniger betuchte Iraker dem Flüchtlingsstrom anschlossen, die Grenze fast ohne Einschränkung offen hielt. In Syrien teilen sich die irakischen Flüchtlinge neben dieser Schicht der Wohlhabenden laut unterschiedlicher Berichte in zwei weitere Gruppen. Die erste Gruppe sind jene, die mit nichts in den Händen geflohen sind und daher sofort bei ihrer Ankunft auf Hilfe angewiesen sind. Die andere und offenbar zumindest noch Anfang 2007 größte Gruppe sind jene, die vor ihrer Flucht ihr gesamtes Hab und Gut im Irak verkauft haben, um in Syrien von ihren Ersparnissen zu leben. Diese Ersparnisse neigen sich bei vielen irakischen Flüchtlingen aufgrund der langen Dauer des Aufenthalts ohne Chance auf Umsiedlung nach Europa oder in die USA und ohne ausreichende Möglichkeiten, einer ordentlichen Arbeit nachzugehen, mittlerweile dem Ende zu. Demzufolge steigt unweigerlich die Zahl der irakischen Flüchtlinge, die in Zukunft auf regelmäßige Unterstützung angewiesen sein werden. Laut den vorläufigen Ergebnissen eines

vom syrischen Gesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit UNICEF und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durchgeführten *rapid assessment* leben rund 45 % der irakischen Flüchtlingsfamilien in Syrien in Armut oder sogar extremer Armut. Fast drei Viertel aller Flüchtlinge teilen sich Wohnungen mit anderen irakischen oder syrischen Familien. Bei 15 % der bei UNHCR registrierten Flüchtlinge reichen die aus dem Irak mitgebrachten Ersparnisse maximal, um sich die ersten drei Monate im Gastland über Wasser zu halten. Vor diesem Hintergrund haben UNHCR und das Welternährungsprogramm mit Hilfe des Syrischen Halbmonds kürzlich mit der Verteilung von Lebensmittelrationen an mehr als 33.000 Bedürftige begonnen. Bis zum Ende des laufenden Jahres soll die Anzahl der davon profitierenden Flüchtlinge auf 50.000 gesteigert werden.

Nach den Ergebnissen des oben genannten *rapid assessment* sind 62 % der Familienoberhäupter unter den irakischen Flüchtlingen in Syrien ohne Arbeit. Der Rest arbeitet in privaten Verhältnissen, allerdings in der überwiegenden Mehrheit informell, da sie in Syrien ähnlich wie in Jordanien offiziell keinem Beruf nachgehen dürfen. Deshalb verdienen sich immer mehr gut ausgebildete Iraker, unter ihnen viele Ärzte, Lehrer, Professoren oder Ingenieure als Kellner oder in anderen Dienstleistungsbereufen und dies häufig zu schlechteren Konditionen als im jeweiligen Land üblich. Daneben nimmt die Kinderarbeit ebenso zu wie die Prostitution von irakischen Frauen und jungen Mädchen, die sich vor allem der wohlhabenden Klientel der Golfaraber in den Diskotheken und Nachtclubs von Damaskus feilbieten. Prostitution, Kriminalität und der allgemeine Druck auf Preise und den ohnehin in Syrien und Jordanien angespannten Arbeitsmarkt mit Arbeitslosenraten von offiziell 12-15 %, schüren gleichzeitig Ressentiments unter der einheimischen Bevölkerung.

Der UNHCR geht davon aus, dass sich unter den irakischen Flüchtlingen in der Region etwa 500.000 Kinder im Schulalter befinden. Nach Angaben des syrischen Erziehungsministeriums waren von geschätzten 300.000 Kindern dieses Alters im Schuljahr 2006/07 nur etwa 33.000 an syrischen öffentlichen und privaten Schulen registriert. Für Jordanien wird diese Zahl mit 19.000 Kindern angegeben. Wachsende Kinderarbeit, fehlende finanzielle Mittel und in vielen Fällen der Mangel an gültigen Aufenthaltspapieren zählen wiederum zu den Gründen, warum irakische Eltern ihre

Kinder in Syrien und Jordanien nicht zur Schule gehen lassen. Hinzu kommt, dass etliche Schulen in den Gastländern bereits überfüllt sind oder dass sie schlicht nicht darüber Bescheid wissen, ob ihr Kinder in die Schule dürfen oder nicht. So ließ die jordanische Regierung nach zahlreichen missverständlichen und widersprüchlichen Verlautbarungen erst auf Druck mehrerer internationaler Organisationen kurz vor Beginn des laufenden Schuljahrs verlauten, dass auch irakische Kinder ohne gültige Aufenthaltserlaubnis die öffentlichen Schulen in Jordanien besuchen dürfen. Im Juli dieses Jahres schalteten UNHCR und UNICEF gemeinsam einen Spendenaufruf mit dem Ziel, in den Gastländern für das laufende Schuljahr insgesamt 155.000 weitere Schulplätze für irakische Flüchtlingskinder zu schaffen. In diesem Aufruf warnen die beiden Organisationen vor den Gefahren, die mit der Entstehung einer entfremdeten irakischen Jugend ohne Bildung in Verbindung stehen. Diese würden Realität werden, sollte die internationale Gemeinschaft nicht schnell und effektiv reagieren, um die Gastländer in der Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten zu unterstützen.

Ein weiteres Problemfeld betrifft die Gesundheitsversorgung. Nach neuesten Untersuchungen leidet ein Teil irakischer Flüchtlingskinder in Syrien unter Krankheiten wie Durchfall, Fieber und Mangelernährung. 19 % der beim UNHCR registrierten Iraker geben einen schlechten Gesundheitszustand an; viele leiden unter einem psychischen Trauma. Bislang stießen vor allem jene Flüchtlinge in den Gastländern der Region auf Schwierigkeiten im Zugang zu adäquaten Gesundheitsdiensten, die einen Krankenhausaufenthalt oder Spezialbehandlungen wie im Fall von Krebs oder Ähnlichem benötigen und die über keine ausreichenden Mittel verfügen, sich in privaten Kliniken behandeln zu lassen. Auch wenn der UNHCR in Zusammenarbeit mit dem jeweils nationalen Roten Halbmond oder anderen Organisationen den Aufbau einiger neuer Ambulanzen in den von Flüchtlingen besonders dicht besiedelten Gebieten unterstützt hat, arbeiten Kliniken und Ambulanzen vielfach am Limit ihrer Kapazitäten. Auf einer von der WHO organisierten Konferenz Ende Juli in Damaskus verpflichteten sich die Gesundheitsminister Syriens, Jordaniens und Ägyptens, allen irakischen Flüchtlingen gleichen Zugang zu den nationalen Gesundheitsdiensten zu gewährleisten wie der einheimischen Bevölkerung. Dies bedeutet selbstverständlich hohe zusätzliche Kosten für die drei Länder.

3. Mangelnde Unterstützung der internationalen Gemeinschaft

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen werden die Worte verständlich, die der Direktor von *Amnesty International* im Nahen Osten, Malcolm Smart, kürzlich in einer Presseerklärung fand: Die Flüchtlingssituation in Syrien und Jordanien drohe „eine humanitäre Krise auszulösen, die die ganze Region überrollen könnte“. Im April 2007 veranstaltete der UNHCR eine große Konferenz in Genf, an der sich zahlreiche Organisationen sowie Regierungsvertreter von mehr als 100 Staaten beteiligten. Als Ziel der Konferenz wurde ausgegeben, die internationale Gemeinschaft für die Flüchtlingskrise zu sensibilisieren. In seiner Rede forderte der UN-Flüchtlingshochkommissar António Guterres eine umfassende und koordinierte Kraftanstrengung der internationalen Staatengemeinschaft in Bezug auf „finanzielle, wirtschaftliche und technische Unterstützung, aber auch mehr Neuansiedlungsplätze für besonders betroffene Personengruppen“. Mit der Konferenz verband der UNHCR auch die Hoffnung, die Geberländer dazu zu veranlassen, finanzielle Hilfen auf bilateraler Ebene für die Hauptaufnahmeländer der irakischen Flüchtlinge Jordanien und Syrien auszuweiten.

Allerdings lässt die Unterstützung von Seiten der USA, Großbritanniens und anderen Gebern auch nach der Konferenz in Genf auf sich warten. Laut eines Berichts von *Amnesty International* hatte bis Juni dieses Jahres kein Land der Welt der syrischen Regierung auf bilateraler Ebene Hilfe angeboten. Auch die irakische Regierung habe bis dahin keine Maßnahmen ergriffen, ihr auf der Konferenz von Genf eingegangenes Versprechen zu erfüllen, Syrien und Jordanien mit US\$ 25 Mio. bei der Versorgung der irakischen Flüchtlinge unter die Arme zu greifen. Auch die Arabische Liga hält sich stark zurück. Laut Presseberichten lehnte die Liga Anfang September 2007 eine Anfrage von Seiten der syrischen Regierung ab, einen Fonds zur Unterstützung der Gastländer der irakischen Flüchtlinge in der Region zu etablieren, da angeblich „kein Konsens“ erreicht werden konnte. Eine der wenigen Ausnahmen betrifft das Angebot der deutschen Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul, das sie der syrischen Regierung während ihres letzten Besuchs in Damaskus Ende August dieses Jahres unterbreitete und das Hilfen im Umfang von € 4 Mio. für den Bau von Schulen in Syrien vorsieht. Sie

verstehe diese Zusage auch als einen Appell an die internationale Gemeinschaft, die Länder der Region bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation zu unterstützen. Die meisten westlichen Länder ziehen es jedoch vor, ihre Unterstützung für die Versorgung der Flüchtlinge in den Aufnahmeländern rein über internationale Organisationen, insbesondere den UNHCR, abzuwickeln. Neben den hier bereits genannten Spendenaufrufen für die Unterstützung der Bildungs- und Gesundheitssysteme in den Hauptaufnahmeländern startete der UNHCR Anfang des Jahres einen allgemeinen Spendenaufruf im Umfang von US\$ 60 Mio. der im Juli auf US\$ 123 Mio. aufgestockt wurde. Laut UNHCR beliefen sich die Zuwendungen für diesen Aufruf insbesondere von Seiten der USA, Großbritannien, Australien und einigen europäischen Staaten Mitte Juli auf über US\$ 60 Mio. mit weiteren etwa US\$ 10 Mio. „in der Pipeline“. Dennoch wären diese Mittel nicht mehr als „ein Tropfen auf den heißen Stein“.

4. Ausblick

Bleiben die internationalen Hilfen aus und weigern sich die Staaten des Westens weiterhin, eine größere Zahl von Umsiedlungen irakischer Flüchtlinge zuzulassen, besteht die Gefahr, dass auch Syrien als letzter Zufluchtsort für irakische Flüchtlinge in der Region die Grenze fast vollständig schließen wird. Gleichzeitig gerät die ökonomische, soziale und im Endeffekt auch politische Stabilität in den Hauptaufnahmeländern Syrien und Jordanien immer stärker unter Druck. An eine kurz- bis mittelfristigen Rückkehr der Flüchtlinge in den Irak ist derzeit nicht zu denken. Im Gegenteil hat sich die humanitäre Krise im Irak selbst, von der inzwischen acht Millionen Iraker betroffen sein sollen, weiter verschärft. Fast ein Drittel der Bevölkerung ist auf Nothilfe angewiesen, 70 % haben keinen Zugang zu ordentlicher Wasserversorgung und fast 30 % der Kinder leiden an Unterernährung. Damit erhöht sich ständig das Potenzial derer, die wenn irgend möglich versuchen werden, in die Nachbarländer zu flüchten. Diese Möglichkeit wird jedoch dadurch zunichte gemacht, dass sich die reichen Länder der Welt und darunter insbesondere die USA und Großbritannien, unter deren Führung der Krieg gegen den Irak begonnen wurde, aus der Verantwortung stehlen und weder den Irak selbst, noch die Hauptaufnahmeländer irakischer Flüchtlinge in der Region, Syrien und Jordanien, angemessen humanitär unterstützen.

Literatur

- Al-Khalidi, Ashraf / Hoffmann, Sophia / Tanner, Victor (2007): Iraqi Refugees in the Syrian Arab Republic. A Field-Based Snapshot, Occasional Paper, The Brookings Institution – University of Bern Project on Internal Displacement, Juni 2007.
- Amnesty International (2007): Iraq – The Situation of Iraqi Refugees in Syria, An Amnesty International Briefing, MDE 14/14/036/2007, 26. Juli 2007.
- Economic and Social Commission for Western Asia (2007): Monitoring and Analysis of Political, Social and Economic Development in Countries Affected by Conflict, Januar-Juni 2007.
- Human Rights Watch (2006): The Silent Treatment. Fleeing Iraq, Surviving in Jordan, 1, 10(E).
- NCCI & Oxfam International (2007): Rising to the Humanitarian Challenge in Iraq, Briefing Paper, Juli 2007.
- UNHCR – The UN Refugee Agency (2007): Displaced Iraqis in the Region as of 12 April 2007, in: www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home/open-doc.pdf?tbl=SUBSITES&id=461f85294, 12.9.2007.
- UNHCR (2007): Iraq Bleeds. Millions Displaced by Conflict, Persecution and Violence, in: Refugees, 146, 2.

■ Die Autorin

Dr. Anja Zorob ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien.
E-Mail: zorob@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/zorob>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Untersuchung akuter Kriegs- und Flüchtlingskrisen sowie die Irakforschung gehören zu den Schwerpunktthemen am GIGA Institut für Nahost-Studien.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

- Fürtig, Henner (2006): Verfassungsdebatte und Parlamentswahlen. Politische Meilensteine im Irak, in: GIGA Focus Nahost, 2.
- Fürtig, Henner (2006): Das Ringen um eine Nachkriegsordnung in Irak, in: H. Hubel / K. Kaiser / H. W. Maull / K.-W. Schatz (Hg.): Jahrbuch Internationale Politik 2003/2004. München: Oldenbourg, S. 53-62.
- Zorob, Anja (2006): Palästina. Wirtschaftliche Rezession und drohende humanitäre Katastrophe, in: GIGA Focus Nahost, 8.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.
Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg